

Ostholsteinbrief

HERBST 2014

NUMMER 38

5. JAHRGANG

WWW.SP-D-OSTHOLSTEIN.DE

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



Foto © Landtag Schleswig-Holstein

unser heutiger OH-Brief beschäftigt sich hauptsächlich mit unserer Partei, ihren Strukturen und deren Anpassung an den Gesellschaftswandel.

In diesen Wochen haben wir nicht nur unsere Kreismitgliederversammlung als Ersatz für einen Kreispartei-tag zu unterschiedlichen Themen in Neustadt abgehalten. Ein Thema war auch

die der Organisation der Ortsvereine. Wir haben erkannt, dass wir grundsätzlich wieder aktiver werden müssen. Sowohl in der politischen Arbeit als auch bei der Mitgliedererwerbung. Dazu wird der Kreisvorstand eine Strategie entwickeln, die wir dann mit den Ortsvereinen beraten und beschließen wollen.

Auch der Landespartei-tag am 27. September in Lübeck hat uns mit Anträgen, der Antragsberatung der Delegierten und auf dem LPT beschäftigt. Über beide Veranstaltungen wird von Teilnehmer_innen berichtet. Nun aber erst einmal gute Unterhaltung mit dem neuen OH-Brief. ■

Mit roten Grüßen

Euer

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Sundbrücken/-tunnel	2
Hinterlandanbindung	3
FFBQ in Dänemark	3
Entlastung für Kommunen	4
Landespartei-tag	5
Mitgliederversammlung	6
MV/OV-Strukturen und	7
MV/Gottesbezug	7
KTF-Schulsozialarbeit,	9
KTF trifft ZVO	9
KTF auf Fehmarn	10
Jusos haben gewählt	11
versprochen - gehalten	12
Impressum	12



Landespartei-tag am 27. September 2014 in Lübeck

Rechts hält Bettina Hagedorn die Eröffnungsrede, in der ersten Reihe sitzen die Ehrengäste und in der zweiten die vollständige Delegation aus Ostholstein.

Foto © Steffen Voß

ALTERNATIVE ZUR ZWEIBRÜCKENLÖSUNG SUNDTUNNEL UND ALTE BRÜCKE ERHALTEN



Am 3. September erhielt das Berliner Verkehrsministerium das – noch immer unveröffentlichte – Gutachten der Deutschen Bahn zu möglichen Ersatz- und Ertüchtigungsvarianten für die Fehmarnsundbrücke und deren CDU-Staatssekretär Enak Ferlemann verkündete so-

fort pressewirksam die nunmehr ermittelte Lieblingsvariante des Dobrindt-Ministeriums: nämlich zwei neue Brücken als Ersatz für die Sundbrücke. Mit dieser quasi als alternativlos dargestellten Festlegung – die sofort von meinem CDU-Kollegen Ingo Gädechens brav begrüßt wurde – streute das CSU-geführte Verkehrsministerium den Menschen in Ostholstein einmal mehr Sand in die Augen ... denn in Wahrheit bleiben nach dem Fazit des Bahn-Gutachtens von den sechs geprüften Varianten noch VIER gleichberechtigt bis Jahresende im Rennen, darunter auch der Absenktunnel und der Bohrtunnel, die allerdings natürlich – oh Wunder! – deutlich teurer sind als die Zwei-Brücken-Variante. Staatssekretär Enak Ferlemann (CDU) drückte sich auch öffentlich um die Aussage herum, dass laut Gutachten 2015 dann über den Abriss der bestehenden Sundbrücke entschieden werden solle – nach Baufertigstellung. Denn ohne Bundesstraßenverkehr könnte sie nur erhalten werden, wenn Kreis und/oder Land die Folgekosten übernehmen. Für unseren Norden allerdings kaum zu leisten und außerdem, drei Brücken nebeneinander??? Das muss doch jeder Reisende für einen Schildbürgerstreich halten!

Ferlemann führte als Argument für die Zwei-Brücken-Variante an, dass die Bauzeit für einen Tunnel angeblich zwei Jahre länger dauern würde und diese Zeit nicht zur Verfügung stünde. Also: wieder einmal sollen die Menschen auf Fehmarn und in Ostholstein den Schlendrian im Bundesverkehrsministerium ausbaden. Denn das Verkehrsministerium hatte dieses Bahngutachten erst im September 2013 beauftragt – ein volles Jahr später, als es möglich gewesen wäre (die Tragfähigkeitsuntersuchung der Bahn liegt seit 2012 vor). Aber das ist mit mir und der SPD Ostholstein so nicht zu machen!

Diesem Versuch des Ministeriums, Tatsachen zu schaffen, bin ich zuvorgekommen und habe eine Woche später öffentlich über das tatsächliche Ergebnis des Gutachtens aufgeklärt: Es bleiben weiterhin vier Ersatz- und Ergänzungsvarianten im Rennen – darunter ganz klar auch eine Tunnellösung. Diese Nachricht über das zweifelhafte Vorgehen des Gespanns Dobrindt/Ferlemann schlug auch bei den bundesweiten Medien wie eine Bombe ein. Unser schleswig-holsteinischer Verkehrsminister Reinhard Meyer nahm dieses Verwirrspiel zum Anlass, um sich am 15. September gemeinsam mit mir und Lars Winter sowie den Bürgermeistern von Fehmarn und Großenbrode und dem Landrat vor Ort über die aktuelle Lage zu informieren – der ebenfalls eingeladene Ingo Gädechens kam mit deutlicher Verspätung mies ge-

laut dazu. Lars und ich hatten uns bereits bei dieser Gelegenheit ganz eindeutig für eine Tunnellösung ausgesprochen – weil ein Absenktunnel im Natura-2000-Gebiet im Sund möglicherweise nicht genehmigungsfähig sein könnte, muss auf alle Fälle auch der Bohrtunnel im Spiel bleiben!

Bei diesem Ortstermin in Strukkamp am 15. September konnten wir am Fuße der Sundbrücke jedes Mal unser eigenes Wort nicht verstehen, wenn ein Personenzug die Brücke querte. Fakt ist: Lärmschutz zu gewährleisten ist auf einer Brücke und im ringsherum flachem Land völlig unmöglich. Bis zu 78 Güterzüge täglich würde den kompletten Norden Ostholsteins auf Dauer ungebremst im Lärm ersticken! Nur ein Tunnel schluckt den Lärm der Güterzüge und erhält den Anwohnern und der Tourismusregion – jedenfalls weitestgehend – ihre Ruhe.

Der SPD-Landesparteitag am 27. September in Lübeck hat fast einstimmig den von Lars, der SPD Ostholstein und mir initiierten Antrag *Kein Dreibrückenprojekt am Fehmarnsund – Tunnel wird gefordert!* unterstützt. Damit haben wir uns nun auch als Landes-SPD ganz eindeutig pro Tunnel positioniert und fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Tunnellösung, einschließlich eines Bohrtunnels, am Fehmarnsund einzusetzen. Die Fehmarnsundbrücke soll als Wahrzeichen erhalten bleiben und als Bundesstraße mindestens für den landwirtschaftlichen Verkehr dienen – d.h. dass wir dafür plädieren, nicht vier – sondern nur zwei – Straßenspuren durch einen Tunnel zu führen, den Straßenverkehr also zu teilen. Dann muss der Bund nicht nur die bestehende Brücke auch künftig allein unterhalten ... durch den deutlich geringeren Tunnelquerschnitt wird auch das Natura-2000-Gebiet so stark wie möglich geschont. Eine Win-Win-Situation also. ■

Bettina Hagedorn, MdB



Lars Winter, Reinhard Meyer und Bettina Hagedorn am 15. September auf der Sundbrücke

FERTIGSTELLUNG DER HINTERLANDANBINDUNG

ERNEUT DEUTLICH NACH HINTEN VERSCHOBEN!

Foto © Studio Kohlmeier



In einem Bericht an den Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages vom 16. April 2012 ging das Bundesverkehrsministerium noch davon aus, dass der Raumordnungsbeschluss für die Schienenhinterlandanbindung im ersten Quartal 2013 gefasst würde – tatsächlich geschah das – angesichts von über 8.000 Einwendungen von Kommunen, Verbänden und Anwohnern, die rechtssicher

abgearbeitet werden mussten – erst am 6. Mai 2014 ... also ein Jahr später. 2012 prognostizierte das Ramsauer-Ministerium demzufolge noch einen abschließenden Planfeststellungsbeschluss ab 2016 ... und die Deutsche Bahn musste jetzt öffentlich einräumen, dass sie erst 2015 in die Vorbereitung der Planfeststellungsunterlagen starten wollen, für die sie drei Jahre veranschlägt. Mit anderen Worten: vor 2018/2019 ist mit dem letzten Planfeststellungsbeschluss der sieben Teiltrassen in Ostholstein nicht zu rechnen – mindestens zwei bis drei Jahre später als noch 2012 vom Verkehrsministerium geplant. Und dann erst beginnt die Klagebefugnis von Verbänden, Kommunen und Anwohnern ... auch wenn ein Zeitraum für bauaufschiebende Klagen stets in jedem Zeitplan von Verkehrsministerium und Bahn wohlweislich fehlt. Es gibt allerdings kein einziges Verkehrsgroßprojekt in Deutschland in den letzten Jahrzehnten (außer den Baumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal), das nicht von Gerichtsverfahren über Jahre aufgehalten worden wäre.

Und das dürfte bei der Beltquerung samt Hinterlandanbindung – dem größten Verkehrsinfrastrukturprojekt Nordeuropas – mit Sicherheit nicht anders sein. Die 8.000 Einwendungen zum Raumordnungsverfahren sind da ein eindeutiges Indiz.

Schon heute wissen wir also, dass der im April 2012 vom Verkehrsministerium veröffentlichte Zeitplan – Inbetriebnahme der Hinterlandanbindung am 31.12.2021 - vollkommen unrealistisch ist. Ich gehe – wenn überhaupt - persönlich von frühestens 2026 aus. Als zuständige Berichterstatterin für das Verkehrsministerium im Haushaltsausschuss habe ich Herrn Grube als Bahnvorstand einen Brief mit detaillierten Fragestellungen zugeschickt – und als Rechnungsprüfungsausschussvorsitzende erwarte ich Ende Januar 2015 einen aussagekräftigen Bericht des Verkehrsministeriums zu den neuen Zeiträumen und den aktualisierten Kosten. Ich bleibe also – ganz im Sinne der Menschen in Ostholstein – am Ball.

Klar ist jedoch bereits jetzt: Die zeitlichen Verzögerungen bei der Hinterlandanbindung entziehen der Argumentation des Bundesverkehrsministeriums gegen eine Tunnellösung eindeutig die Grundlage. Die angeblich längere Bauzeit einer Tunnelvariante – im Vergleich zu anderen Varianten wie den von Ferlemann ins Spiel gebrachten zwei Brücken – stellt eben schon bei dem jetzt bekannten Zeitverzug der zweitrassigen elektrifizierten Hinterlandanbindung mit 55 km Neubautrasse (anstatt der ursprünglich geplanten Bestandstrasse) kaum das von ihm propagierte zeitliche Nadelöhr für die Inbetriebnahme der ganzen Strecke dar. Kurzum: Es bleibt ausreichend Zeit für den Bau eines Absenk- oder Bohrtunnels! ■

Bettina Hagedorn, MdB

FESTE FEHMARNBELTQUERUNG UND KEIN ENDE

„TOLL“ IST KEIN STICHHALTIGES KRITERIUM

Anlässlich der „Fehmarnbelt-Days“ in Kopenhagen Ende September ging es mal wieder um die feste Fehmarnbeltquerung (FFBQ). Unser Ministerpräsident Torsten Albig hat sich mächtig ins Zeug gelegt, um für die FFBQ zu werben. „Ich finde den Tunnel toll – das reicht“ war seine Aussage. Das war schon die Antwort auf die, sagen wir mal Gegenrede von Umweltminister Robert Habeck. Der sich, wie die SPD Ostholstein auch, bessere Projekte vorstellen kann, die mit den geschätzten acht Milliarden Euro für den Tunnelbau finanziert werden könnten. „Ich finde den Tunnel toll – das reicht“ meint Ministerpräsident Torsten Albig. Dabei bedenkt er offensichtlich nicht, dass mindestens zwei Abgeordnete der SPD Landtagsfraktion das anders sehen. Einige grüne Kolleg_innen ebenso. Reicht es also wirklich, wenn der Ministerpräsident sagt: „Ich finde den Tunnel toll – das reicht.“? Nein, das reicht nicht. Aber es reicht uns in Ostholstein langsam, dass der Ministerpräsident offensichtlich nicht in der

Lage ist, die Beschlüsse der SPD Schleswig-Holstein zu beachten. Er ist Mitglied dieser Partei. Man kann von ihm erwarten, dass er bei seinen Gesprächen mit dem Bund und den dänischen Freund_innen auch auf die Forderungen der SPD Schleswig-Holstein hinweist. Denn da haben wir einige aufgestellt, siehe nächste Seite. Nun soll hier auch an öffentlicher Stelle darauf hingewiesen sein, dass Sandra Redmann und ich immer wieder in der Landtagsfraktion darauf hinweisen, dass mehr Fingerspitzengefühl bei dem Thema erforderlich ist. Dass es auch andere Aspekte zu betrachten gilt, als etwas toll zu finden.

In Ostholstein werden wir zukünftig hohe Belastungen zu ertragen haben. Die Hinterlandanbindung wird uns Schmerzen bereiten. Anfänge von dem, was uns erwartet, werden bereits heute deutlich. In diesem Zusammenhang darf ich den Ministerpräsidenten und die Landesregierung auch mal loben. Das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens

lässt sich für Ostholstein sehen. Damit sind zwar nicht alle Probleme ausgeräumt (wie auch?) aber es hat viele Entschärfungen gegeben, die in der Region gefordert wurden. Nun gilt es, diese Festlegungen auch gegen die Bahn durchzusetzen. Neben diesen Belastungen kommt dann noch der derzeit geplante Bau der 380-KV-Trasse durch Ostholstein dazu.

So besteht schon seit Jahren unsere Forderung, dass es einen Ausgleich für Ostholstein geben muss. Bislang kamen aber nur tröstende Worte. „Nehmt die Situation an.“ „Macht das Beste daraus.“ „Wirkt mit, dann wird schon alles gut.“ Schlaue Sprüche, mehr nicht.

Die bisherigen Forderungen an das Land, z.B.:

- ein Ersatzbrückenbauwerk der Amalienhofer Brücke auf Fehmarn zu bauen. Land: kostet 400.000 Euro, zu teuer!
- Ertüchtigung der touristischen Infrastruktur Fehmarns am Südstrand. Land: Tolle Pläne, aber keine Finanzierungsbeteiligung!
- Bisher keine Aussage zur Kostenbeteiligung am Neubau von Bahnhöfen und deren Umfeld und Zuwegung in Großenbrode, Oldenburg, Lensahn, Neustadt und Sierksdorf.
- Verweis auf die Bahn bei der Forderung nach ausreichendem Schallschutz entlang der Hinterlandanbindung.
- Weitere Forderungen umfasst der Landesparteitagsbeschluss vom April 2011. Die Beschlusslage der SPD Schleswig-Holstein ist unstrittig. **JA, aber...** Entsprechend des Beschlusses des Landesparteitages vom 9./10. April 2011 in Husum bedeutet das, dass die SPD Schleswig-Holstein bei einer Realisierung des Projektes Forderungen stellt. Das wären z.B.:
- zusätzliche Gespräche auf der Basis von Art. 22 des Staatsvertrages
- eine Trassenführung abseits der Kurorte an der Lübecker Bucht, die gleichzeitig deren Erreichbarkeit sichert
- es wird weiterhin die Forderung gestellt, anstelle eines Absenktunnels einen Tunnelbau im Bohrvortrieb zu bauen
- dass negative Auswirkungen auf Menschen, Tourismus und Arbeitsplätze reduziert werden, und zwar durch alternative Trassen für die Schienenhinterlandanbindung (insbesondere durch Umfahrungen für Bad Schwartau, Ratekau, Lensahn und Großenbrode)
- dass für die Schienenhinterlandanbindung Schallschutzmaßnahmen verbindlich zugesagt werden. Für Anwohner und Tourismuswirtschaft muss auf der ganzen Strecke – auch zwischen Lübeck und Hamburg – ein optimaler Lärmschutz gewährleistet werden

- dass Wege gefunden werden, um die Kommunen an der Bahntrasse finanziell von den Regelungen des Eisenbahnkreuzungsgesetz zu entlasten
- dass die Belange der Tourismuswirtschaft in größtmöglichem Umfang berücksichtigt werden
- dass die Schienenverbindung zwischen Fehmarn und Hamburg bedarfsgerecht für den Güter- und Personenverkehr ausgebaut wird; Vorrang hat der Ausbau und die Sicherstellung eines schnellen, attraktiven Personennah- und -fernverkehrs auf der Schiene vor Ausweitung des Güterverkehrs auf dieser Strecke. In die Planung ist der dänische Fernverkehrszug zwischen Kopenhagen und Hamburg einzubeziehen
- dass in der Neuauflage des Bundesverkehrswegeplans bis 2015 sichergestellt wird, dass der Bau der Hinterlandanbindung nicht zu Lasten anderer wichtigerer Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein geht. Dazu gehören die A 7 bis zur Landesgrenze im Norden, die B 5 an der Westküste, die A 21 zwischen A 1 und A 24 und vor allem die Fortführung des Baus der A 20 nach Glückstadt

Es sind noch weitere Punkte aufgeführt, die die SPD Schleswig-Holstein im Falle der Realisierung fordert. Dieser Beschluss ist ein Kompromiss, der über Monate in Sitzungen der SPD Ostholstein mit dem Umweltforum (Ufo) und mit dem Landesparteirat erarbeitet wurde.

Die Beschlusslage der SPD Ostholstein zur FFBQ ist seit Jahren unstrittig. **NEIN, aber ...** heißt, wir sind grundsätzlich gegen eine feste Querung des Fehmarnbells aus verschiedenen Gründen. Die mit einem Tunnelbauwerk verbundenen Auswirkungen auf Flora und Fauna der Ostsee, von Fehmarn und dem Hinterland in Ostholstein stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen eines solchen Vorhabens. Außerdem ist die wirtschaftliche Grundlage des Kreises Ostholstein, der Tourismus, erheblich gefährdet. Viele Arbeitsplätze gehen allein bei Scandlines verloren, selbst wenn der Fährbetrieb eingeschränkt fortgesetzt werden wird, wovon wir aus heutiger Sicht fest ausgehen. Alle Gutachten sehen KEINE Belegung des Arbeitsmarktes in Ostholstein nach dem Bau der FFBQ. Im Gegenteil. Wir müssen uns gehörig anstrengen, damit die Verluste nicht zu groß werden. Damit der politische Verlust nicht noch größer wird, fordern wir ein anderes, ein umsichtigeres Handeln von der Landesregierung. ■

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

GUTE NACHRICHT AUS BERLIN

FINANZIELLE ENTLASTUNG FÜR KOMMUNEN

Der Bund entlastet Kommunen und Länder mit einer Mrd. Euro pro Jahr ab 2015 – für Schleswig-Holstein sind das ca. 30-35 Mio. Die eine Hälfte des Geldes fließt über eine Entlastung der Kommunen bei den Kosten für Unterkunft (KdU) von Hilfeempfängern, die andere Hälfte über eine Neuverteilung von Umsatzsteuerpunkten zu Gunsten der Länder.“

Die eine Mrd. Euro wirken zusätzlich zu Entlastungen durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im

Alter von fünf Mrd. Euro pro Jahr, mit steigender Tendenz. Ab 2015 übernimmt der Bund zudem die Kosten für BAFöG, ca. 1,2 Mrd. Euro pro Jahr

Zusammen mit 600 Mio. Euro für Städtebau, beispielsweise das Programm *Soziale Stadt* bis 2017 und ab 2018 jährlich fünf Mrd. Euro für die Eingliederungshilfe, leisten wir damit einen enormen Beitrag zur finanziellen Entlastung der Kommunen! ■

EIN BERICHT VOM (INHALTS?)-LANDESPARTEITAG

Foto © Hellmann, Bad Schwartau



Nun war es also wieder soweit: Wie jedes Jahr fand auch in diesem wieder ein Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein statt. Diesmal ohne Wahlen, dafür mit extra viel Inhalt - so war es zumindest geplant. Doch ein paar Stunden vorher kam mit dem Rücktritt unseres bis dahin sehr beliebten Innenministers, Andreas Breitner, alles anders. Die Regierung schien zu wanken

und es sollte wohl nur ein kleiner Schritt sein, bis sie fiel. Deswegen sahen sich unser Ministerpräsident Torsten Albig und unser Parteivorsitzender Ralf Stegner wohl in der Pflicht, Brandreden für die Regierung zu halten. Beide waren nicht schlecht und trafen den Kern der Debatte, wenn auch an manchen Stellen doch stark überspitzt wurde. So bezeichnete Torsten unsere neue Hochschulministerin Kristin Alheit als „weltbeste Ministerin für dieses Gebiet“, allerdings ohne

dass sie auch nur einen Tag im Amt gewesen ist.

Aber als wären diese beiden Reden mit einer Gesamtzeit von über eineinhalb Stunden nicht schon genug gewesen, wurde auch noch unsere Generalsekretärin Yasmin Fahimi eingeladen, die sich knapp eine

Stunde über die Wahlerfolge der AfD bei den letzten Landtagswahlen ausließ. Alles an sich nicht uninteressant, allerdings führten diese Reden dazu, dass der Inhaltsparteitag danach nur noch knapp zwei Stunden Zeit für ebendiese Inhalte hatte.

Umso schöner war es, dass wir es trotzdem geschafft haben, einen ausführlichen Antrag zu dem Thema Friedenspolitik zu beschließen, der durchaus lesenswert ist. Des weiteren wurde unser Initiativantrag zu einem Tunnel unter der Fehmarnsundbrücke mit großer Mehrheit beschlossen, weshalb dieser Parteitag zumindest für unsere Delegation aus Ostholstein ein Erfolg war. Ich bin schon gespannt auf den nächsten Landesparteitag, dann gibt es auch wieder Wahlen, da rechnet man wenigstens gar nicht erst mit Inhalten. ■

Tim Dürbrook
stellv. Vorsitzender der Jusos Ostholstein



Unsere Redner_innen Hermann G und Hermann B, Bettina, Anastassia (von den Jusos OH), Lars und Niclas. Mit Gisela, Regina, Annette, Gaby, Beate und Ute saßen so viele Frauen wie sonst nirgends nebeneinander, Inke-Marie sitzt hinter den Ministern Reinhard Meyer und Stefan Studt, Jürgen wird von ihnen eingerahmt. Nicht im Bild sind unsere Delegationsmitglieder Maike, Susanne, Carlos und Hansjörg sowie Tim, der früh da war, aber erst spät nachrücken konnte.

Foto von Anastassia © Lars Winter, alle anderen Fotos © Steffen Voß



KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG ANSTELLE EINES KREISPARTEITAGES FRIEDENSPOLITIK, GOTTESBEZUG UND DIE SPD IM DORF

Foto © Steffen Voß



Die SPD Ostholstein hatte eingeladen. Zur Kreismitgliederversammlung. Sie fand am 19. September im Hotel Stadt Kiel in Neustadt statt. Viele Genoss_innen haben den Weg dorthin gefunden. Insgesamt 65. Das sind etwas weniger als Delegierte auf einem Kreisparteitag, dort sind wir rund 100 Genoss_innen, aber ich

war mit der Beteiligung zufrieden. Warum stelle ich nun den Bezug zu einem Kreisparteitag her? Ganz einfach. Die Kreismitgliederversammlung IST ein Kreisparteitag! Allerdings ohne Delegierte. Also ohne „Funktionäre“. Jedes Mitglied der SPD Ostholstein ist bei der Kreismitgliederversammlung rede-, antrags- und abstimmungsberechtigt. Sozusagen die Urdemokratie innerhalb der Partei. Das findet man nicht oft. In Schleswig-Holstein macht das meines Wissens nach nur der Kreisverband Schleswig-Flensburg. Wir können uns also was darauf einbilden, dass wir unseren Mitgliedern diese Möglichkeiten bieten. Vielleicht finden mit diesem Wissen bei der nächsten Kreismitgliederversammlung mehr Genoss_innen den Weg zum Tagungsort. Nun aber zum Inhalt, drei Themen waren vorbereitet.

(K)EINE ZUKUNFT FÜR DIE SPD AUF DEN DÖRFERN?

Alexander Wagner vom SPD Landesvorstand hat uns in seinem Impulsreferat auf die Mitgliedersituation in der Landespartei und bei den Ortsvereinen aufmerksam gemacht. Jan Jensen hat dazu ja auch einen Artikel in diesem OH-Brief aus seiner Sicht geschrieben. Die anschließende Diskussion mit den Mitgliedern über die Beteiligung jedes einzelnen Mitgliedes und des Ortsvereins an der Landes- und Bundespolitik war zum Teil sehr ernüchternd. An der Basis wird immer mehr der Eindruck gewonnen, dass die Mitglieder zu wenig, insbesondere in die Landespolitik, einwirken können bzw. zu wenig gehört und beteiligt werden. Diese Hinweise wird Alexander Wagner mit in den Landesvorstand nehmen. Die drei Landtagsabgeordneten Regina Poersch, Sandra Redmann und ich selbst werden es in die Fraktion tragen und diskutieren. Aber auch der Kreisvorstand muss seine Hausaufgaben machen, um den Ortsvereinen mehr Unterstützung anzubieten. Das wird ein Thema der bereits auf den 29. November terminierten Kreisvorstandsklausur sein.

FÜR UND WIDER EINES GOTTESBEZUGES IN UNSERER LANDESVERFASSUNG

Soll er, oder soll er nicht? Der Gottesbezug in die Landesverfassung. Darüber wird im ganzen Land sehr unterschiedlich diskutiert. Letztendlich ist es eine Gewissensentscheidung jeder und jedes Landtagsabgeordneten. Trotzdem wollen wir das Für und Wider einmal inhaltlich darstellen.

Er soll, sagt Rolf Fischer, Staatssekretär und Mitglied der AG SPD und Kirche, einer der Initiatoren für den Gottesbezug.

Er soll nicht, sagt der Landesvorsitzenden der Jusos, Niclas Dürbrook, einer der Initiatoren gegen den Gottesbezug in der Landesverfassung (siehe Seite 7).

Beide Referenten haben jeweils einen hervorragenden Vortrag gehalten, der wirklich alle Aspekte des Für und Wider beleuchtete.

FRIEDENSPOLITIK HEUTE

Den Friedensantrag des Landesvorstands hat ein weiteres Landesvorstandsmitglied, unsere Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn, vorgestellt. Seit Anfang des Jahres arbeitete der Landesvorstand, federführend der Landesgeschäftsführer Christian Kröning, an dem Papier. Begleitet wurde die Arbeit durch die große Friedensdebatte mit Egon Bahr und Frank-Walter Steinmeier in der Ostseehalle, sorry, natürlich Sparkassenarena, in Kiel. Es ist mal wieder die SPD Schleswig-Holstein, die die Initiatorin eines neuen Friedengedankens ist. Auf dem Landesparteitag am 27. September wurde der Friedensantrag mit vielen Änderungen einstimmig beschlossen. Die Diskussion in unserer Mitgliederversammlung zu dem Antrag glich der auf dem Landesparteitag. Wer den endgültigen Text des Antrages lesen möchte, kann ihn hier http://www.spd-schleswig-holstein.de/docs/beschluss_a1_lpt_aussenpolitik.pdf herunterladen oder fragt in unserer Geschäftsstelle nach.

Abschließend hat der Kreisvorstand noch folgenden Antrag eingereicht.

Die SPD Landtagsfraktion und die SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für eine Tunnellösung, einschließlich eines Bohrtunnels, am Fehmarnsund im Zuge der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung einzusetzen. Die Fehmarnsundbrücke soll als Wahrzeichen erhalten bleiben und als Bundesstraße mindestens für den landwirtschaftlichen Verkehr dienen.

Mit dem landwirtschaftlichen Verkehr ist gemeint, dass wir uns für einen zweispurigen Bohrtunnel und weitere zwei Spuren auf der Fehmarnsundbrücke aussprechen. Somit sparen wir erhebliche Kosten beim Tunnelbau und können unser Wahrzeichen erhalten. Die Genoss_innen haben diesen Antrag mit den diskutierten Änderungen bei drei Enthaltungen angenommen, der Landesparteitag ist mit einigen Gegenstimmen unserem Antrag acht Tage spätergefolgt.

Ihr seht, dass eine Kreismitgliederversammlung spannend sein kann und das jede_r sich mit einbringen und beschließen kann. Ich freue mich schon darauf, bei der nächsten Kreismitgliederversammlung viele weitere Genoss_innen begrüßen zu dürfen. ■

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG ZUKÜNFTIGE STRUKTUREN IN DEN SPD ORTSVEREINEN

Foto © M.V. Jensen



(K)eine Zukunft für die SPD auf den Dörfern? Dieses vielversprechende Thema lockte zahlreiche Genossinnen und Genossen zu unserer Mitgliederversammlung am 19. September nach Neustadt.

Trotz größter Anstrengungen im Bereich der Neumitgliedergewinnung, der Durchführung von Veranstaltungen und der Öffentlichkeitsarbeit, kämpfen die

meisten OV mit rückläufigen Mitgliederzahlen.

Alexander Wagner aus dem SPD Landesvorstand referierte auf der Mitgliederversammlung über die Konzepte und Ideen, die auf dieser Ebene zurzeit entwickelt werden. Er sprach von Teamer_innen, die er lieber Zukunftsmanager_innen nennt. Engagierte Menschen, die vom Landesverband ausgebildet werden und dann lokal in den Kreisverbänden für die OV arbeiten sollen.

Vielen Anwesenden war es an den eher verhaltenen Reaktionen anzumerken, dass sie irgendwelche Zukunftsmanager nicht wirklich als Heilsbringer in dieser Krise sehen. Das ist auch schwer vorstellbar. Klar, die Entwicklung der Gesellschaft, der damit einhergehende schwindende Bindungswillen an Vereine, Organisationen und Parteien, all das wird der Landesverband mit diesen Expert_innen wohl kaum in den Griff bekommen.

Jedoch gibt es ihn, diesen nicht allzu kleinen Punkt, an dem Teamer_innen ansetzen können. Junge Menschen, die sich für die politische Arbeit der SPD interessieren, lernen in der Regel zu allererst den Ortsverein kennen. Diese jungen Menschen denken in großen Dimensionen, sie diskutieren mit anderen Schüler_innen, Auszubildenden und Studierenden stundenlang über den Sozialismus und streiten mit großer Freude heftig über den Kommunismus. Es sind Inhalte, die bewegen, die sie aufwühlen und man glaubte es kaum: Politikverdrossenheit ist hier eher ein Fremdwort als die all-

tägliche Regel.

Diese jungen Menschen kommen nun in den Ortsverein und lauschen gespannt der Diskussion über die Straßenausbausatzung. Hier die Verbindung zur Sozialdemokratie zu finden dürfte schwer werden, sehr schwer. Doch eben an dieser Stelle gilt es eine Brücke zu schlagen. Die jungen Leute mit den Grundwerten der Partei zu verbinden, deren Zukunft in dieser zu managen, z.B. mit Zukunftsmanager_innen.

Ich hatte das große Glück, nicht der Einzige in meinem OV unter 40 zu sein. Nein, wir waren (und sind) tatsächlich zu zweit. Das Beispiel mit der Straßenausbausatzung ist nicht erfunden, es schildert meinen Eintritt in die SPD vor drei Jahren. Zum Glück gab es damals diesen zweiten jungen Menschen. Er hat mich mitgeschleppt zur Fraktion, zum Kreisparteitag und auch zu den Jusos. Und dort habe ich sie dann schließlich gefunden, die Diskussion über den Sozialismus und die heftigen Streitereien über den Kommunismus.

So denn, einen Lösungsvorschlag, um neue Mitglieder zu halten, gibt es. Funktionieren könnte er auch. Ein kleiner, aber entscheidender Aspekt fehlt jedoch in diesem Konstrukt. Wie gewinnen wir denn nun eigentlich diese neuen Mitglieder? Und wenn wir diese nicht gewinnen können, wie gestalten wir dann die Parteilarbeit in den Ortsvereinen? Antworten dazu wurden auf der Mitgliederversammlung nicht gefunden. Dafür aber Ideen gesammelt und Vorschläge eingebracht.

In den kommenden Monaten und Jahren gilt es nun, dieses Thema weiter zu forcieren. Die Parteilarbeit, vor allem in den ländlichen Regionen, trotz schwindender Mitgliederzahlen weiter zu führen. Die SPD auch dort am Leben zu erhalten. Und ganz nebenbei noch die Arbeit in den kommunalen Parlamenten zu verrichten. Eine schwierige Aufgabe ohne konkreten Lösungsweg. Doch eben deshalb sind wir doch politisch aktiv. Um schwierige Aufgaben anzugehen und konkrete Lösungswege zu erarbeiten. Auf geht's! ■

Jan Jensen

Kreisvorstand SPD Ostholstein

Kreisgeschäftsführer der Jusos Ostholstein

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG (K)EINE FRAGE DES GLAUBENS! – DER GOTTESBEZUG

Durch die Turbulenzen der letzten Wochen ist das Thema wieder ein wenig in den Hintergrund gerückt, aber gerade in der Sommerpause hat es die Schlagzeilen beherrscht – die Frage nach dem Gottesbezug in der schleswig-holsteinischen Verfassung. Ich freue mich, dass wir das Thema auch in Ostholstein bei unserer Mitgliederversammlung diskutiert haben und nutze gerne die Chance, die bisherige Diskussion aus meiner (höchst subjektiven Sicht) noch einmal zusammenzufassen.

Im vergangenen Jahr beschloss der Landtag fraktionsübergreifend die Erarbeitung einer neuen Verfassung. Ein

Sonderausschuss erarbeitete daher einen Vorschlag, der nun im Landtag beraten wird. Neben mehr Rechten für die Minderheiten in unserem Land und beispielsweise niedrigeren Hürden für Bürger_innenbeteiligung enthält der Vorschlag auch einen vorangestellten Text, eine Präambel. Am Inhalt dieser Präambel scheiden sich nun aber die Geister.

Nachdem der fraktionsübergreifende Sonderausschuss einen Vorschlag für eine Präambel ohne die Erwähnung von Gott vorgelegt hatte und stattdessen als Wertebasis für die Verfassung vor allem humanistische Werte und die Menschenrechte vorgeschlagen. Werte also, auf die sich alle



Menschen in Schleswig-Holstein einigen können.

Ziemlich schnell war allerdings klar, dass damit nicht alle Fraktionen einverstanden waren. Insbesondere die CDU besteht darauf, dass auch Gott in der Präambel als Wertebasis Erwähnung findet (der so genannte Gottesbezug). Auch in der SPD unterstützen einige Politiker_innen diesen Vorstoß, der mittlerweile als

Alternativantrag der CDU zu dem fraktionsübergreifenden Antrag des Sonderausschusses vorliegt. Zusätzliche Brisanz erhielt das Thema, weil zu den Unterstützer_innen innerhalb der SPD auch Ministerpräsident Torsten Albig und die übrigen sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gehören.

Die Jusos Schleswig-Holstein haben sich hier klar anders positioniert. Schon seit 2013 vertreten wir eine laizistische Position, das heißt, wir unterstützen die Trennung von Staat und Religion. Als Juso-Landesvorstand sprechen wir uns in der aktuellen Diskussion daher für eine Verfassung für alle Menschen in unserem Land aus. Ein Gottesbezug passt dazu aus unserer Sicht nicht. Nicht nur, dass die derzeitige Formulierung der Befürworter_innen („In Verantwortung vor Gott und den Menschen“) die Anhänger_innen von Religionen mit mehreren Göttern ausschließt – vor allem ist die Formulierung ein Problem für die vielen nicht-gläubigen Menschen in unserem Land. Wir sind der Meinung, dass es bei einer Verfassung nicht darum geht, mit knapper Mehrheit Einzelinteressen auszudrücken. Daher finden wir auch die

Diskussion darüber, ob letztlich 50 oder 60 % der Menschen in unserem Land noch Mitglied in einer Kirche sind – und ein Gottesbezug somit den Wunsch der Mehrheit widerspiegelt – müßig. Definitiv gibt es eine erhebliche Zahl von Menschen, für die Glaube nicht nur keine Bedeutung hat, sondern bei denen die Erwähnung von Gott in der Verfassung auch Widerspruch weckt. Um es auf den Punkt zu bringen: auch Gläubige teilen humanistische Werte und Menschenrechte als Wertebasis, nicht-Gläubige teilen Gott als Wertebasis eben nicht. Daher unterstützen wir den ursprünglichen Vorschlag des Sonderausschusses.

Die Sommerpause haben wir Jusos genutzt, um gemeinsam mit Grüner Jugend und der SSW Jugend eine Initiative für „Eine Verfassung für alle Menschen“ in unserem Land zu starten. Dabei unterstützen wir gemeinsam mit Abgeordneten aus dem Landtag (u.a. Lars Winter und Sandra Redmann) und Bundestag, aber auch vielen anderen Menschen aus Politik und Gesellschaft, den Vorschlag des Sonderausschusses. Wir wünschen uns eine Verfassung, in der sich tatsächlich alle Menschen in unserem Land wiederfinden.

Am 08. Oktober erfolgte die Beschlussfassung über die neue Verfassung im Landtag. Die Abgeordneten entschieden sich letztlich für eine Fassung, die Gott im Text der Präambel nicht vorsieht. Damit hat unsere Initiative ihr Ziel erreicht. Es freut mich, dass sich mit uns viele Befürworter_innen einer Verfassung für alle zu Wort gemeldet haben. Der Text der Initiative findet sich unter <http://jusos-sh.de/blog/eine-verfassung-fuer-alle/>, eine Homepage der katholischen Kirche unter <http://www.gottesbezug.de/>. ■

Niclas Dürbrook
stv. Kreisvorsitzender und
Landesvorsitzender der Jusos

Präambel

Der Landtag hat in Vertretung der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger *auf der Grundlage der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Fundament jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit, in dem Willen, Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität auf Dauer zu sichern und weiter zu stärken, im Bewusstsein der eigenen Geschichte, bestrebt durch nachhaltiges Handeln die Interessen gegenwärtiger wie künftiger Generationen zu schützen, in dem Willen, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land zu bewahren, und in dem Bestreben, die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder sowie die grenzüberschreitende Partnerschaft der Regionen an Nord- und Ostsee und im vereinten Europa zu vertiefen, diese Verfassung beschlossen:

Drucksache 18/2115, 2014-07-04, der ursprüngliche Vorschlag des Sonderausschusses Verfassungsreform, in dem alle Fraktionen vertreten waren.

*... in Verantwortung vor Gott und den Menschen und ...

Drucksache 18/2116, 2014-07-04, erster Ergänzungsvorschlag

*... in Verantwortung vor Gott, den Menschen und im Bewusstsein ihres religiösen, philosophischen und humanistischen Erbes ...

Zweiter Ergänzungsvorschlag, in der Versammlung so von Rolf Fischer vorgetragen ■

KREISTAGSFRAKTION OSTHOLSTEIN SCHULSOZIALARBEIT IM FACHAUSSCHUSS



Foto © Foto Prien, Eutin/KTF

Im Ausschuss Schule, Bildung, Kultur und Sport gab es am 11. 9. 2014 einen einstimmigen Beschluss zur Aufstockung von Schulsozialarbeit an den Beruflichen Schulen Eutin und Oldenburg. Es soll zwei zusätzliche volle Stellen geben, somit findet eine Verdoppelung statt. Die Mittel werden bei den Beratungen zum Haushalt für 2015 bereitgestellt, so dass

es ab dem 1. Februar 2015 Planungssicherheit gibt.

Vorausgegangen war ein einjähriger Beratungs-marathon mit vier Ausschussterminen. In diesem Fachausschuss ist es gängige Praxis von CDU/Die Grünen, die SPD Anträge mit Prüfaufträgen zu versehen und zu vertagen, um sie dann als eigene Anträge auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Dies geschah auch mit dem SPD Antrag vom 16. 02. 2014 zur Schulsozialarbeit, der zur Wiederholung am 31. 03. 2014, am 22. 05. 2014 und am 11. 09. 2014 auf der Tagesordnung stand (<https://service.kreis-oh.de/ratsinfo/recherche.php>, hier können Vorlagen, Sitzungen und Beschlüssen eingesehen werden).

Bereits im Februar dieses Jahres hat die SPD Fraktion zwei zusätzliche Stellen für jeden Schulstandort gefordert. Bei der Einführung der Richtlinien für Schulsozialarbeit im Jahre 2011 hatte sich die SPD Fraktion für die Aufnahme der Schulsozialarbeit auch an den Beruflichen Schulen stark gemacht und für den zu erbringenden Eigenanteil des Kreises geworben. Wegen knapper Haushaltsmittel wurden 2012 nur Mittel für eine Vollzeitkraft pro Schulstandort bewilligt, obwohl die Richtlinien drei Vollzeitkräfte für eine qualifizierte Arbeit vorsehen (600 Schüler/innen pro Fachkraft). Beide Beruflichen Schulen begannen erst am 1. Mai 2012 mit kreisfinanzierter Schulsozialarbeit.

Die SPD Fraktion besuchte die Beruflichen Schulen im September und November 2013, um im Gespräch mit den Schulleiter_innen und den Schulsozialarbeiter_innen nach 18 Monaten Praxiserfahrung die Situation vor Ort zu reflek-

tieren. Wir konnten uns als Teilfraktion sowohl am Standort Oldenburg als auch in Eutin davon überzeugen, dass eine Stelle pro Schulstandort nicht ausreichend ist. Auf SPD Initiative wurden dann die Schulleiter_innen und Schulsozialarbeiter_innen beider Schulen in den Ausschuss eingeladen, um dort ausführlich über die Besonderheiten von Schulsozialarbeit an Beruflichen Schulen zu berichten. Dieser Termin kam leider erst mit sechsmonatiger Verzögerung zu Stande, ursprünglich war von der SPD Teilfraktion beantragt, das Thema vor Ort mit dem gesamten Fachausschuss im November zu beraten. Diese Vorgehensweise wurde von der CDU Teilfraktion abgelehnt, da seitens der CDU keine Ausschusssitzungen an den Schulstandorten erwünscht sind.

Der nun im September 2014 einstimmig gefasste Beschluss gibt der Verwaltung einen klaren Handlungsauftrag, es wird aufgestockt. Bei der Kofinanzierung des Kreisanteils soll eine Fördermöglichkeiten über das Bundesprojekt „Jugend stärken im Quartier“ beantragt werden. Die benötigten zusätzlichen Mittel werden auch ohne Förderzusage im Haushalt für 2015 ergänzend bereitgestellt. Ende des Jahres steht fest, ob die von der Landesregierung zusätzlich angekündigten Landesmittel für Schulsozialarbeit einfließen können. Die von der Verwaltung vorgebrachten theoretischen Einsparmöglichkeiten bei der Sportförderung, der IT-Ausstattung und EDV-Infrastruktur der Schulen sowie beim schulpsychologischem Dienst wurden vom Fachausschuss einstimmig abgelehnt.

Wir sind als Teilfraktion froh, dass sich unsere Beharrlichkeit gelohnt hat. Beim Bündnis von CDU und den Grünen hat sich die Überzeugung der SPD, dass aufgestockt werden muss, durchgesetzt. Der Kreis nimmt als Schulträger seine Verantwortung nach § 6 Absatz 6 des Schulgesetzes wahr. Der Fachausschuss Schule, Bildung, Kultur und Sport hat damit seinen Beitrag geleistet. Es hätte nach unserem Empfinden schneller gehen können. Was zählt, ist jetzt das einstimmige Bekenntnis zur Aufstockung. Die Schüler_innen bekommen die benötigte verstärkte Hilfestellung ab dem Sommerschulhalbjahr 2015 – ein Erfolg der hartnäckigen Arbeit der SPD Kreistagsfraktion. ■

Annette Schlichter-Schenck

Sprecherin der Teilfraktion Schule, Bildung, Kultur und Sport

SPD KREISTAGSFRAKTION Blickt in die Zukunft DIALOG MIT ZVO-FÜHRUNGSKRÄFTEN

Wie entwickelt sich die Ver- und Entsorgung im Kreis Ostholstein in der Zukunft? Diese Frage war Anlass eines Besuches der SPD-Kreistagsfraktion am Montag beim Zweckverband Ostholstein (ZVO). Im Mittelpunkt stand das Thema Abfallwirtschaft. ZVO-Verbandsdirektor Heiko Suhren führte in seinem Referat aus, dass in den nächsten Jahren wichtige Entscheidungen für den ZVO anstehen. Angefangen mit dem, dass sich die Kundenbedürfnisse und -anforderungen

verändern werden, weiter über anstehende Reinvestitionen in die technische Infrastruktur bis hin, den entstehenden Fachkräftemangel durch attraktive Arbeitsplätze, auszugleichen.

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Burkhard Klinke ist es wichtig, mit den ZVO-Führungskräften über die zukünftige Ausrichtung des Unternehmens im Dialog zu sein. „Es gibt genügend Themenfelder, die wir anpacken müssen, ins-

besondere ausgelöst durch den demografischen Wandel. Nur wenn wir umfänglich informiert sind, können wir unsere Aufgabe, das Unternehmen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger effizient aufzustellen und zu steuern, erfüllen. So werden wir uns auch damit beschäftigen müssen, ob und wie es mit den strategischen Partnern in den ZVO-Tochter-

gesellschaften weitergeht. Für die Abfallwirtschaft gilt es, Ressourcen zu schonen und Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen zu erbringen“, führte Klinke aus. ■

Burkhard Klinke
Fraktionsvorsitzender



Foto © ZVO-Lichtenstein

SPD KREISTAGSFRAKTION AUF DER SONNENINSEL FEHMARN POLITISCHE GESPRÄCHE MIT DER SPD STADTFRAKTION



Foto © Heinz-Jürgen Fendt

SPD Fraktionsvorsitzender Burkhard Klinke mit dem Fraktionsvorstand, den teilpolitischen Sprechern der Fraktion Hilbert Neumann, Heinz-Dieter Steigert und Manfred Jäger, dem SPD Fraktionsvorsitzenden der Insel Jörg Weber, der SPD Bürgervorsteherin Brigitte Brill, dem ehemaligen SPD Landtagsabgeordneten Gerhard Poppendiecker und dem SPD Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Lars Winter

Die Frage nach einer Modellregion Ostholstein in der Energiewende hat die SPD Kreistagsfraktion und die SPD Fehmarn auf der Sonneninsel Fehmarn zusammengebracht. Neben der stark besetzten Kreistagsfraktion und Vertreterinnen der sozialdemokratischen Stadtfraktion nahmen auch der ehemalige SPD Landtagsabgeordnete Gerhard Poppendiecker und der aktive Landtagsabgeordnete Lars Winter teil.

Der aktuelle politische Gedanken- und Informationsaustausch umfasste auch das Industrieareal, die Anbindung an den Fährhafen, die Fehmarnsundbrücke und natürlich die feste Fehmarnbeltquerung sowie die Schließung der Geburtsstation in Oldenburg.

Der Kreistagsfraktionsvorsitzende Burkhard Klinke befand: „Es war für beide Fraktionen ein sehr informativer Austausch, der wieder deutlich gezeigt hat, dass diese Gespräche zwischen der Kreistagsfraktion und den Stadt- und Gemeindefraktionen wesentlich häufiger erfolgen sollten. Es besteht immer ein großes Informationsbedürfnis auf beiden Seiten. Viele politische Themen im Kreis Ostholstein, aber auch vor Ort, kann man nicht nur durch die Kreis- oder Kommunalbrille sehen, denn sie sind miteinander verzahnt.“ ■

JUSOS OSTHOLSTEIN

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG UND VORSTANDSWAHLEN

Foto © Alexandra Höppner



Bei unserer vergangenen Jahreshauptversammlung am Samstag, 13. September 2014, wurde ich einstimmig zum neuen Vorsitzenden der ostholsteiner Jusos gewählt. Ich bin seit etwa zwei Jahren Mitglied der SPD und den Jusos und war zuletzt stellvertretender Kreisvorsitzender, so dass ich bereits Erfahrungen in der Vorstandarbeit erhalten habe. Nicht zuletzt auch auf

Grund meines Amtes, des stellvertretenden Vorsitzenden des Ortsvereins Damlos. Ich bin 28 Jahre, aus Damlos, beruflich als Büroangestellter ganzjährig auf dem Campingplatz Triangel in Weißenhäuser Strand angestellt.

Wir Jusos haben uns nun strukturell umgestellt, um mit unserem Kreisverband weiterhin erfolgreich zu arbeiten. Mit

Anastassia Brack und Tim Dürbrook habe ich zwei erfahrene Stellvertreter an meiner Seite, darüber hinaus komplettiert Jan Jensen als Geschäftsführer den geschäftsführenden Vorstand. Zu den Beisitzer_innen wurden Lina Köpsel, Marcel Müller und Julian Stange gewählt.

Wir haben uns in unserem Arbeitsprogramm dafür ausgesprochen für ein junges Ostholstein zu kämpfen und grundlegende Angelegenheiten junger Menschen zu erkennen und umzusetzen. Dafür werden wir uns auch mit anderen Jugendverbänden und -vereinen verknüpfen und den Kontakt zu den Nachbarkreisverbänden verstärken.

Neben den Wahlen stand natürlich auch die inhaltliche Arbeit auf der Tagesordnung. So haben wir uns für eine gesetzliche Einschränkung der regierungsamtlichen Meinungsforschung zu Regierungszwecken ausgesprochen und werden die SPD Bundestagsfraktion auffordern, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen. ■

Jan-Marco Höppner
Juso-Kreisvorsitzender



v.l.n.r. Lina, Tim, Jan, Marcel, Jan-Marco, Niclas, Anastassia
Foto © Marcus Chmurczyk

Aktuelle Informationen zu unseren Aktionen und Terminen findet ihr auf unserer Facebook-Seite
<https://www.facebook.com/Jusos.Ostholstein>

Jusos  **OH**

VERSprochen – GEHALTEN!

AUSBAU DER KINDERTAGESBETREUUNG GEHT WEITER!

Foto © Studio Kohlmeier


**Bund beschließt milliarden-
schwere Entlastung für
Kommunen und Länder**

Am 26. September habe ich besonders gerne im Bundestag geredet (Alle Reden könnt Ihr auf meiner Homepage anschauen), denn es ging um mein Lieblingsthema – die Schaffung weiterer Krippen- und Kitaplätze und die erforderliche Entlastung der Kommunen. Beides hat die SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt.

Klar ist Die wichtigste Ressource in unserem Land sind die Köpfe unserer Kinder! Bildung findet allerdings nicht nur an Universitäten und in Schulen statt, sondern fängt schon in der Krippe und der Kita an. Deshalb war der 26. September ein guter Tag für die Familien, für die Kinder und für die frühkindliche Bildung, als wir unser Gesetz zum Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und zur Entlastung der Kommunen im Bundestag debattiert haben.

Die Botschaft Ab 2015 30.000 neue Krippen-/Kitaplätze! Die Große Koalition wird die Länder und Kommunen dabei auch über 2014 hinaus massiv unterstützen. Dazu stellen wir den Kommunen ab 2015 550 Mio. Euro zusätzlich über das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ zur Verfügung. Auch für die Entlastung bei den Betriebskosten erhalten die Länder (zur Weiterleitung an die Kommunen!) 2017 und 2018 noch einmal je 100 Mio. Euro. Für Schleswig-Holstein bedeutet das: ca. 18,2 Mio. Euro Bundeszuschuss zum weiteren Krippenausbau!!!

Zur Erinnerung Das Engagement des Bundes beim Kita-Ausbau in den letzten zehn Jahren war ein Kraftakt mit klar sozialdemokratischer Handschrift. Es war unsere Familienministerin Renate Schmidt, die bereits 2004 unter Rot-Grün das Tagesbetreuungsausbaugesetz mit der Zielmarke von 300.000 Kitaplätzen bundesweit vorgelegt hat – damals hatten wir übrigens nur etwa 60.000 Betreuungsplätze in der gesamten Republik, die meisten davon in den ostdeutschen Bundesländern. Im Westen konnte man damals Krippenplätze mit der Lupe suchen. Dafür wurden die Kommu-

nen in einem ersten Schritt ab 2005 vom Bund jährlich um 2,5 Mrd. Euro entlastet.

2007 folgte in der ersten Großen Koalition auf unsere Initiative mit dem ersten Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung (2008-2013) die Fortsetzung. Bis 2013 sollten die Kommunen bundesweit 750.000 Krippenplätze eingerichtet haben, parallel haben wir mit dem Kinderförderungsgesetz im Dezember 2008 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter 3-Jährige ab dem 1. August 2013 bundesweit festgeschrieben. Um diesen Kraftakt zu bewältigen haben wir damals das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau geschaffen. Insgesamt beteiligte sich der Bund von 2008 bis 2013 mit ca. 4 Mrd. Euro an den Ausbaukosten – 2,15 Mrd. Euro für Investitionen und 1,85 Mrd. Euro für laufende Betriebskosten. Darüber hinaus garantierte der Bund auch eine dauerhafte Beteiligung an den Betriebskosten in Höhe von 770 Mio. Euro pro Jahr; dieses Geld wurde den Ländern über die Neuverteilung von Umsatzsteuerpunkten zuerkannt, das sie zur Unterstützung der Kommunen an den Betriebskosten von Krippen weiterleiten sollen.

2012 haben wir dann über unsere erforderliche Bundesratszustimmung Schwarz-Gelb abgerungen, dass dieser Ausbau fortgesetzt wird und schließlich auch das zweite Investitionsprogramm (2013-2014) Kinderförderung durchgesetzt. Um 30.000 weitere Betreuungsplätze bezuschussen zu können, stellte der Bund über das Sondervermögen weitere 580 Mio. Euro an Investitionen und für 2013 und 2014 knapp 60 Mio. Euro Betriebskosten bereit. Für die Folgejahre haben wir den Bundesanteil an den Betriebskosten noch einmal um 75 Mio. Euro erhöht.

Fazit Seit 2004 haben wir in Deutschland auf Initiative der SPD und mit massiver Unterstützung des Bundes aus 60.000 Krippenplätzen bundesweit aktuell ca. 780.000 Plätze gemacht – 30.000 weitere Plätze folgen jetzt ab 2015. Um Kommunen und Länder mit dieser Aufgabe nicht allein zu lassen, hat sich der Bund seitdem nicht nur mit knapp 8 Mrd. Euro an diesem Aufbau beteiligt, sondern auch eine dauerhafte Beteiligung an den Betriebskosten der Krippen im Umfang von 845 Mio. Euro jährlich an die Länder durch Neuverteilung von Umsatzsteuerpunkten vollzogen. Damit zeigen wir eindrucksvoll, dass Frühkindliche Bildung zu den obersten Prioritäten sozialdemokratischer Politik gehört.
Bettina Hagedorn, MdB

IMPRESSUM

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

REDAKTION

V.i.S.d.P. Lars Winter, MdL und Kreisvorsitzender, Korrektur Gisela Teuchert-Benker, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbriefe, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor_innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

Die Redaktion

Mails für die Redaktion bitte an Lars Winter winter.mdl@aol.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de senden